

Referendum gegen den Kuhhandel

Im Bundesblatt veröffentlicht am 9. Oktober 2018.

Die unterzeichnenden stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Art. 141 der Bundesverfassung vom 18. April 1999 und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 59a-66, dass das Bundesgesetz vom 28. September 2018 über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) der Volksabstimmung unterbreitet werde.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen.

Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Referendum fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.



Kanton:	PLZ:	Politische Gemeinde:
---------	------	----------------------

Nr	Name / Vornamen (Eigenhändig, möglichst in Blockschrift)	Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
1					
2					
3					
4					

Ablauf der Referendumsfrist: 17. Januar 2019

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort: _____ Eigenhändige Unterschrift: _____

Datum: _____ Amtliche Eigenschaft: _____

Die Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt zurücksenden bis **spätestens 3. Dezember 2018** an das **Generationenkomitee, Monbijoustr. 30, 3011 Bern** das für die Stimmrechtsbescheinigung besorgt sein wird.

Amtsstempel:

In der Mitte hier falten, bei der Zustelladresse nochmals falten, unter der Adresse mit Klebeband schliessen und sofort zurücksenden. Danke!

«Die Altersvorsorge braucht dringend strukturelle Reformen. Dieser Deal verhindert jede Lösung für die nächsten Jahre. Mit jedem Jahr ohne Reform sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass künftige Renten ausbezahlt werden können. Wir wollen sichere Renten für alle und sagen deshalb NEIN zu dieser Schein-Lösung!»

Viviane Kägi, Co-Präsidentin Generationenkomitee



«Die Verknüpfung versetzt die Stimmbevölkerung in eine Zwangslage. Das ist ein inakzeptabler Affront gegen die direkte Demokratie. Die Vorlage kommt einem Erpressungsversuch gleich. Wir wollen unsere Meinung frei und sachspezifisch äussern können und nicht erpresst werden.»

Tobias Vögeli, Co-Präsident Generationenkomitee



Bitte
ausreichend
frankieren

Hier nochmal falten

Generationenkomitee
c/o JGLP Schweiz
Monbijoustrasse 30
3011 Bern